

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Wir kommen dann entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1101 zur Schlußabstimmung in zweiter Lesung über den Einzelplan 01. Wer der Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist die Beschlußempfehlung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 11/1103

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/1411

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/1412

Ich eröffne die **Beratung**. Von der CDU-Fraktion liegt mir eine Wortmeldung des Kollegen Paus vor.

(B) **Abgeordneter Paus [Detmold] (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist gerade Sophokles intensiv bemüht worden. Mir sind bei dieser Veranstaltung zu dieser Tageszeit eher Arabal und Ionesco in den Sinn gekommen. Denn das, was wir hier praktizieren, ist sicherlich ein Stück absurdes Theater. Wir müssen sehr, sehr rasch darüber nachdenken, wie wir das ändern wollen. Daß wir hier Reden gegen Gummiwände und ausschließlich für das Protokoll halten, ist sicherlich nicht sinnvoll.

Ich hatte auch fast vor, Frau Kollegin Larisika-Ulmke, die Praxis zu übernehmen, die Sie bei Ihrem letzten Antrag im Bereich Innenpolitik angewandt haben. Sie nämlich haben den Antrag aus der letzten Legislaturperiode mit neuer Überschrift eingereicht. Ich wollte eigentlich überlegen, ob ich meine Rede von 1989 oder 1990 wieder vortrage. Aus Respekt vor dem Hohen Hause tue ich es aber denn doch nicht, obwohl - man muß die Sache nun schon ernsthaft ansprechen - die Probleme im Bereich der Polizei nach wie vor die des Jahres 1989 und die des

Jahres 1990 sind. Wir sind in der Sache kein Stück weitergekommen.

Lassen Sie mich die beiden wesentlichen Bereiche ansprechen. - Die Fraktionsführungen haben gebeten, daß wir unsere Redebeiträge relativ gestrafft vortragen.

Das wesentliche Problem bei der Polizei ist nach wie vor der Personalbedarf. Wir haben insofern einen Fortschritt erzielt, als daß wir uns jetzt nicht mehr darüber streiten müssen, wie hoch dieser Personalbedarf ist. Der Personalbedarf ist einvernehmlich mit mindestens 7 500 Stellen festgestellt.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Der Innenminister hat seine Hinhaltetaktik in diesem Falle aufgegeben. Er hatte zunächst noch von ausreichender Personalstärke gesprochen, dann davon, daß man das nur alles besser verteilen müsse; und jetzt sind wir bei 7 500 Stellen. Das heißt: Ein gewisser Fortschritt ist erzielt. Was uns fehlt, ist die klare Antwort in diesem Haushalt, wie diese 7 500 Stellen in diesem Jahrzehnt tatsächlich für die Polizei geschaffen werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben schon während der letzten Jahre ein Programm vorgelegt, das jedes Jahr 1 000 zusätzliche Stellen über den Ersatzbedarf hinaus vorsah. Das tun wir auch dieses Jahr.

Die Regierung hat einen Haushalt, beinhaltend 400 Stellen über den Ersatzbedarf hinaus, vorgelegt. Die SPD-Fraktion hat die Zahl um weitere 300 aufgestockt.

Das reicht nicht aus. Wir sprechen uns nachhaltig - und tun das auch mit einem Antrag - dafür aus, daß dieses Programm - jedes Jahr 1 000 Stellen - weitergeführt werden muß, damit in diesem Jahrzehnt überhaupt eine Perspektive für die Polizei erkennbar wird,

(Beifall bei der CDU)

daß in diesem Jahrzehnt der Personalbedarf endgültig

(C)

(D)

(A) (Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU])

aufgearbeitet wird.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Ausstattung der Polizei mit EDV. Herr Kollege Frechen, ich darf zitieren aus einem ansonsten von Ihnen im Plenum noch nicht vorgetragenen Papier, das die GdP jetzt veröffentlicht hat. Ich zitiere also wörtlich Ihr Papier:

Die Ausstattung der Polizei auf dem Gebiet der ADV-gestützten Kommunikation und Information ist mehr als dürftig.

Wir recht Sie haben, Herr Kollege Frechen: mehr als dürftig!

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es seit 1988 ein Programm der Firma Mummert & Partner mit einem Kostenaufwand von 320 Millionen DM. Der Innenminister verkündet, dieses Programm solle in zehn Jahren in zehn gleichen Jahresraten umgesetzt werden. Die erste Reaktion war, daß im letzten Jahr die Mittel in diesem Bereich um 1 Million DM zurückgefahren worden sind. Dann sollte das Programm gemäß dem vorgelegten Haushalt mit 13,5 Millionen DM angefahren werden. Das hätte bedeutet, daß das Programm in 25 Jahren umgesetzt worden wäre. Jetzt sind die Mittel nochmals um die Hälfte zusammengestrichen worden. Das heißt, daß wir - sollte es tatsächlich dabei bleiben - den Standard des Jahres 1988 im EDV-Bereich bei der Polizei haben werden. Das ist abenteuerlich!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon nicht zu einer Kraftanstrengung beim Personal für die Polizei in der Lage sind, dann müssen Sie doch alle anderen Chancen nutzen, die es überhaupt gibt, um durch Rationalisierung im EDV-Bereich zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, die Polizei von Kleinkram zu entlasten, die Polizeiarbeit effektiver zu gestalten. All das ist eine Fehlannonce. In fünfzig Jahren wird dieses Programm greifen. Das kann wohl nicht wahr sein.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Gibt es nicht den ADV-Beauftragten?)

- Jawohl, Herr Vorsitzender. Ich denke, der ist sehr

(C)

bescheiden und geht immer nur in die anderen Bereiche des Landeshaushaltes, nicht in seinen eigenen Bereich.

(Abgeordneter Diegel [CDU]: Wer ist das denn?)

- Der Kollege Schnoor wird anschließend selbst vortragen, daß er das ist und was er in diesem Bereich sicherlich alles schon Großartiges geleistet hat.

(Zuruf von der CDU)

- Ich denke doch. Der Innenminister muß sich doch mit seinen Lorbeeren schmücken.

Herr Kollege Frechen, Sie haben im Innenausschuß für die Anträge, die Sie gestellt haben, ein Lob von uns erhalten und hören wollen, daß Sie doch eigentlich einiges bewegt hätten. Ich muß Sie enttäuschen: Wir können dieses Lob nur in sehr bescheidenem Maße an Sie weitergeben.

Die Kürzungen, die der Finanzminister - -

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Herr Finanzminister, wollen Sie einen eigenen (D) Redebeitrag abgeben?

(Weitere Zuruf des Ministers Schleußer)

- Ach so. Ich hoffe, daß für den Innenbereich dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Ich bin gern bereit, etwas zu unterbrechen, wenn der eine oder andere Antrag, den wir vorgelegt haben, dann laufen würde.

Vizepräsident Schmidt: Der Finanzminister ist jetzt nicht dran.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Kollege Frechen, zu Ihren Anträgen! Es ist richtig - aber das war auch unvermeidbar -, daß Sie die massiven Kürzungsangriffe des Finanzministers abgelehnt haben. Da gibt es 40 % mehr Drogentote im vergangenen Jahr, da legt die Landesregierung ein ohnehin schon sehr bescheidenes Programm auf, nach dem es 56 Stellen im Innenbereich geben soll - das lag schon

(A) (Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU])

unter dem, was wir für erforderlich gehalten haben -, und dann wird dieses Programm vom Finanzminister pauschal gekürzt. Das ist ein schlimmes Zeichen. Das durfte nicht stehenbleiben. Das hätten Sie nach außen hin auch nicht durchhalten können.

Das gleiche gilt - jetzt komme ich etwas von der Polizei ab - für die Stellen im Umweltbereich bei den Regierungspräsidenten. Auch dort war das ein katastrophales Zeichen. Man kann nicht ständig die Erfordernisse des Umweltschutzes vor sich hertragen und dann die Verstärkungen, die seit Jahren anstehen, mit einem Strich wieder aus dem Haushalt entfernen.

Diese beiden Kürzungen, die Sie wieder rückgängig gemacht haben, waren nicht vertretbar. Das waren Kürzungen mit dem Rasenmäher; sie waren nicht überlegt. Wir hätten es nachvollziehen können, wenn Sie zum Beispiel im Bereich der Bezirksregierungen präzise Vorschläge gemacht hätten, durch Umschichtungen und Aufgabenkritik in anderen Bereichen etwas freizuschaukeln, um die notwendigen Stellen für den Umweltschutz zu schaffen. Aber einfach mit dem Rasenmäher drüberzugehen, ist sicherlich nicht vertretbar.

(B)

Herr Frechen, Ihrem Antrag zum Thema "Weyerlinge" stimmen wir zu. Wir sind sehr erfreut, Herr Kollege Lichtenberg, daß damit endlich die Spielwiese geräumt worden ist, auf der der Kollege Reinhard jahrelang geturnt hat, indem er bei Nichtanspruchnahme die Mittel für die "Weyerlinge" großzügig immer wieder in den Haushalt eingestellt hat. Dieses Spielchen ist jetzt glücklicherweise vorbei. Ich hoffe, daß wir uns damit nicht mehr beschäftigen müssen.

Eine letzte Anmerkung zu Ihren Anträgen, Herr Kollege Frechen! Die Verstärkung um 300 Anwärterstellen ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein ausreichender Schritt. Wir wollen zu einem 1 000-Stellen-Programm - 1 000 Anwärterstellen pro Jahr - kommen, um in diesem Jahrzehnt tatsächlich etwas bewegen zu können. Wir hatten ursprünglich vor, über diesen Antrag namentlich abstimmen zu lassen. Nach Rücksprache in der Fraktionsführung verzichten wir aber darauf, einen solchen Antrag zu stellen. - Der Innenminister ist ob dieser Tatsache offenbar betroffen und traurig. Ich gehe davon aus, daß Sie unserem Antrag zugestimmt hätten. Sie kön-

(C)

nen das ja gleich hier zu Protokoll geben. Dann nehmen wir das als Zusage dafür, daß wir im nächsten Jahr tatsächlich auf 1 000 Stellen kommen.

Wir hatten uns zehn Minuten Redezeit vorgenommen, Herr Kollege Frechen. Ich bitte Sie, daß Sie unseren beiden Anträge zustimmen, einmal dem Antrag auf Verbesserung der ADV-Ausstattung, damit wir in zehn Jahren das Programm umsetzen können, und zum anderen dem Antrag auf das Zehnjahresprogramm zur Personalaufstockung, um das Personaldefizit abzubauen.

Ich hätte gern noch etwas zu dem Thema gesagt, das wir, Herr Innenminister seit längerem diskutieren. Diese Diskussion müssen wir nun auf den Innenausschuß verschieben. Wir erwarten nach wie vor eine Gesamtkonzeption für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen. Die fehlt. Wir wollen wissen, mit welchen Aufgaben Sie für die Polizei für das Jahr 1995 - wenn wir das als Stichjahr nehmen - rechnen, welche Chancen Sie für die Aufgabenkritik sehen, welche quantitative Aufgabenentwicklung Sie in den nächsten Jahren sehen, welcher Personalbedarf sich daraus ergibt, wo Sie Chancen sehen, diesen Personalbedarf durch Einsatz von EDV und durch Nutzung der Möglichkeiten einer verbesserten Organisation durch Kommunikation zu reduzieren, welchen Personalbedarf Sie effektiv für das Jahr 1995 sehen und - ein altes Thema, das wir sehr lange und sehr intensiv mit Ihnen im Ausschuß diskutiert haben; Frau Larisika-Ulmke, wir spielen letztlich immer die gleiche Melodie - was Sie tun wollen, um dieses Gesamtkonzept vorzustellen und dann auch umzusetzen. Die Diskussion darüber müssen wir auf den Innenausschuß verschieben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, daß Sie unseren Anträgen zustimmen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Paus und erteile dem Abgeordneten Frechen für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Frechen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es kommt ja nicht von ungefähr, daß wir den Einzelplan 03 heute bei beginnen-

(A) (Abgeordneter Frechen [SPD])

der Nacht diskutieren; denn da gibt es Beziehungszusammenhänge: In der Nacht wird manches auf den Weg gebracht, was die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tangieren kann. Insofern werde ich es als Zeichen einer geschickten Regie, daß der Einzelplan 03 nun, auch wenn das Haus leerer geworden ist und die Aufmerksamkeit nachläßt, diskutiert wird.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ihre Fraktion ist nicht da!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Polizei schützt uns nicht nur tagsüber, sie schützt uns auch nachts, und nach den Beschlüssen, die wir auf den Vorschlag unserer Fraktion hin gefaßt haben, wird sie das in Zukunft noch sehr viel besser können.

Herr Kollege Paus, Sie haben das völlig richtig gesehen: Man hat manchmal solche politischen Träume. Wir hatten ernsthaft Lob und Anerkennung von Ihnen erwartet und nicht ein halbherzig dahingehauchtes: Ja, ganz so schlecht war es nicht, es war ein Schritt in die richtige Richtung. Nein, Herr Kollege Paus, Sie hätten souverän, wie Sie ja sein können, sagen müssen: Alle Achtung, das hätte ich nicht gedacht, da hat die SPD etwas geschafft, was wir - jetzt erinnere ich Sie an Ihre Reden von 1989 und 1990; die waren schlechter als Ihre heutige; da muß ich Ihnen auch einmal ein kleines Kompliment machen - aufgrund der damaligen Aussicht nicht für möglich gehalten hätten.

(B)

Ich will jetzt nicht - das ist heute morgen schon getan worden, und das wird sicher auch morgen Gegenstand und Thema sein - auf die finanzielle Situation des Landes hinweisen, Herr Paus; aber wir können ja nun nicht ganz von ihr abstrahieren. Es war Ihnen doch klar, daß, als bei dem ohnehin schmalen finanziellen Korsett, das wir bei der Einbringung des Haushaltes hatten, dann noch einmal 1,4 Milliarden DM eingespart werden mußten, es immerhin die SPD-Fraktion akzeptiert hat, daß zu den 400 Anwärterstellen, die bereits im Entwurf vorgesehen waren - und die durchaus hätten gekürzt werden können, wie das auch in anderen Bereichen der Fall gewesen ist -, noch 300 weitere Stellen aufgelegt worden sind.

Das war ja nicht alles. Es sind weiterhin neben dem Nachersatz von 780 Stellen 150 Stellen aus dem BGS aufgelegt worden; es sind weiter 56 Stellen für das

(C)

Drogenprogramm aufgelegt worden. Zusammen mit den bei dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und bei der Justiz ressortierenden Stellen sind das 100 Stellen für das Drogenprogramm. Dieser Verantwortung haben wir uns also gestellt. Schließlich - last not least - wurden da noch weitere 16 Arbeiter- und Angestelltenstellen geschaffen, um die zusätzlichen Ausbildungsbedürfnisse, die durch unseren Beschluß entstanden sind, zu decken.

Also, Herr Paus, ich hätte es wirklich gut gefunden, wenn Sie nicht nur gesagt hätten: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung!, sondern: Das war in dieser Zeit enger Finanzspielräume etwas ganz Erstaunliches! Ich will jetzt nicht polemisch werden; aber wir können ja in einem gemeinsamen Gespräch einmal nachforschen, woher denn diese finanziellen Zwänge kommen, unter denen der Landeshaushalt - nicht nur im Einzelplan 03 - leidet.

Herr Kollege Paus, ich will gar nicht verkennen, daß wir Defizite in der Personalausstattung und in der Sachausstattung haben. Sie haben nicht unrecht, wenn Sie den Bereich der ADV-gestützten Information und Kommunikation ansprechen. Das ist gar keine Frage. Mir tut auch die Kürzung von 8,9 Millionen DM weh; aber irgendwo müssen ja nun die 1,4 Milliarden DM eingespart werden, und ich darf ein ganz klein wenig an die Seriosität einer so großen und kompetenten Fraktion wie der Ihrigen appellieren.

(D)

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das trifft nicht zu.)

Man muß auch mit einem vorausseilendem Lob neues Bewußtsein zu schaffen versuchen. Herr Paus, ist es denn seriös, daß Sie nicht nur im Bereich des Einzelplans 03 kräftig fordern, daß Sie, obwohl wir schon 700 Stellen aufgelegt haben, noch weitere 300 auflegen wollen, daß Sie auch im Schulbereich weiter auflegen wollen und in anderen Bereichen ebenfalls, aber uns hier im Einzelplan 03 nicht einen einzigen Deckungsvorschlag bringen? Ich meine, das läßt nicht gerade auf besonderes Verantwortungsbewußtsein schließen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Frechen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Linssen?

(A) (Vizepräsident Schmidt)

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ja, gern, wenn es der Klärung des Sachverhaltes dient.)

- Herr Doktor, ich bitte Sie!

Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Herr Kollege Frechen, nachdem wir Ihrem Fraktionsvorsitzenden unsere Sparvorschläge mit unseren Schwerpunktakzenten überreicht haben, war Ihr Fraktionsvorsitzender da nicht in der Lage, Ihnen unsere exakten Sparvorschläge in Höhe von 2 Milliarden DM zu übermitteln?

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das waren doch keine!)

Abgeordneter Frechen (SPD): Doch, Herr Kollege Linssen, diese Sparvorschläge sind uns übermittelt worden. Sie sind auch im Arbeitskreis Haushalt und Finanzen, dem ich angehöre, diskutiert worden, und sie sind als zum großen Teil nicht tragfähig verworfen worden. Heute morgen hat Kollege Trinius darauf noch einmal im einzelnen Bezug genommen, und Herr Schauerte hat ja schon im privaten Gespräch die Bedingtheit seiner Vorschläge eingeräumt.

(B)

(Zahlreiche Zurufe von der CDU)

- Dann haben Sie heute morgen nicht zugehört; das tut mir leid.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Frechen, Herr Paus hatte sich noch gemeldet. Möchten Sie eine Frage zulassen?

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ja, selbstverständlich.)

Bitte, Herr Paus!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was habe ich eingeräumt?)

Abgeordneter Frechen (SPD): Daß Ihre Finanzierungsvorschläge nicht so ganz seriös waren.

(C)

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Vizepräsident Schmidt: Herr Schauerte, Sie sind nicht dran. Herr Kollege Paus ist an der Reihe.

Abgeordneter Paus [Detmold] (CDU): Ich könnte Sie jetzt fragen, ob Sie sich schämen, eine solche falsche Behauptung aufzustellen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Nein!)

Das will ich aber nicht. Ich wollte Sie eigentlich etwas anderes fragen, Herr Kollege Frechen, und zwar, ob Sie nicht in der Tatsache, daß wir für den Einzelplan 03 Deckungsvorschläge aus dem Gesamthaushalt unterbreiten, als Innenpolitiker die positive Aussage der CDU-Fraktion sehen müssen, daß das unser Schwerpunktbereich ist, wofür wir in anderen Bereichen zu kürzen bereit sind.

Abgeordneter Frechen (SPD): Herr Paus, Sie haben ja auf Ihre Reden von 1989 und 1990 hingewiesen und haben auch in Ihren Begründungen zu den beiden Anträgen, die Sie gestellt haben, wiederum den Versuch unternommen, die faktische Situation der inneren Sicherheit im Lande Nordrhein-Westfalen in einer verzerrenden Art und Weise zu zeichnen, die mit der Wirklichkeit wenig gemein hat. Ich wiederhole, was ich eben gesagt habe: Es gibt mit Sicherheit Defizite im Personalbereich. Diese Defizite sind wir aber bereit und in der Lage baldmöglichst auszugleichen; denn schon im Jahre 1989 haben wir zusätzlich eingestellt und 1990 auch. Ich kann Ihnen gern die Zahlen nennen, damit endlich einmal das Gerede aufhört, es würde nichts für die Polizei getan. Wir haben insgesamt für das Jahr 1991 1 702 Stellen, wir hatten im Jahre 1990 1 448 Stellen, und wir hatten im Jahre 1989 1 383 Stellen - einschließlich des Nachersatzes.

(D)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Frechen, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Lichtenberg?

(A)

Abgeordneter Frechen (SPD): Wenn ich den Gedanken noch zu Ende führen darf, Herr Präsident. - Sie wissen gleichfalls, Herr Kollege Paus, daß wir die Ergebnisse der Funktionsbewertung erwarten. Sie haben unsere Zusage, daß wir daraus Konsequenzen für die Besoldung der Polizei ziehen werden. Sie wissen, daß wir die Ergebnisse der Organisationsanalyse erwarten, wobei es zu einer stärkeren Verzahnung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei kommen wird, und Sie wissen, daß wir uns sehr intensiv mit aufgabenkritischen Überlegungen beschäftigen, die auch die Frage der Flugplatzsicherung und ggf. des Objekt- und Personenschutzes zum Gegenstand haben.

Wenn Sie aber hier den Eindruck erwecken wollen, daß das alles nicht bereits auf den Weg gebracht worden ist, daß diese Ergebnisse nicht unmittelbar bevorstehen, daß das nicht Überlegungen sind, die wir im Laufe dieses Jahres 1991 wahrscheinlich noch zu Ende führen werden, und immer wieder davon reden, daß die öffentliche Sicherheit im Lande Nordrhein-Westfalen nicht gewährleistet ist, dann muß ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich feststellen: Es gibt ausreichende innere Sicherheit im Lande Nordrhein-Westfalen. Die Polizei nimmt ihre Aufgaben gut wahr, sie nimmt sie engagiert wahr. Wir danken der Polizei dafür. Die Zeichen, die wir durch die Beschlüsse unserer Fraktion gesetzt haben, haben nicht nur im Lande, sondern auch bei der Polizei einen guten Widerhall gefunden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Paus, ich fordere Sie auf, hier nicht zu meckern und nicht immer noch weitere unseriöse Forderungen zu stellen, sondern die Ärmel aufzukrempeln

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU], strammstehend: Jawoll!)

und mit uns konstruktiv an der inneren Sicherheit zu arbeiten. - Herr Linssen hat das bereits begriffen. Er ist doch lernfähig; das hätte ich gar nicht gedacht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Frechen. - Für die F.D.P.-Fraktion darf ich Frau

(C)

Kollegin Larisika-Ulmke das Wort erteilen.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt fast zwölf Stunden. Ich denke, da ist kaum noch jemand aufnahmefähig.

(Widerspruch bei der CDU - Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Bei Ihnen immer!)

- Ich sagte "kaum". Ich ging dabei natürlich von Ihnen aus, Herr Kollege Linssen.

Wenn der Kollege Frechen hier zu fast nächtlicher Stunde so ganz intensiv Streicheleinheiten einfordert, dann macht mich das an diesem späten Abend auch schon etwas nachdenklich. Aber wir können uns ja noch einmal darüber unterhalten.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Auch ein Mann braucht Zärtlichkeit!)

- Ja, natürlich. Wir sprechen dann auf der Ausschußreise noch darüber.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Möhrmann beantworten?

(Abgeordnete Larisika-Ulmke [F.D.P.]: Ich habe zwar noch gar nicht richtig angefangen, aber - bitte!)

- Bitte schön, Frau Kollegin!

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Ich wollte einen Vorschlag machen: daß alle Abgeordneten, die nach 20 Uhr noch hier sitzen, eine Flasche Sekt bekommen sollten.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Schmidt: Das war keine Zwischenfrage, sondern ein sehr guter Vorschlag. - Bitte, Frau Kollegin!

(A)

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.): Frau Möhrmann, vielen Dank für den guten Vorschlag; aber ich würde dann erst nach der Rede mittrinken.

Herr Kollege Paus, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß ich hier vor Weihnachten einen Antrag gestellt habe. Das habe ich auch gesagt: Das war Wiederholung vom vergangenen Jahr.

Ich habe das auch ganz bewußt so getan, weil vor einem Jahr unser Antrag mit der Begründung abgelehnt worden ist, die Landesregierung und die SPD-Fraktion hätten keinen Handlungsbedarf. Nun haben ja die Demonstrationen und die Aktionen, auch die Briefaktionen an den Ministerpräsidenten, bewiesen, daß die Situation im Lande offenbar doch eine ganz andere ist. So kann ich denn zumindest ein ganz kleines Kompliment schon einmal weitergeben: Herr Frechen, Sie haben unseren Antrag in der Innenausschußsitzung nicht abgelehnt, was Ihnen möglich gewesen wäre, sondern wir haben ja doch zumindest den Kompromiß gefunden, daß wir nach den Haushaltsplanberatungen intensiv alle Anträge zusammenfassen und uns in einer Art Arbeitskreis oder Kommission einmal grundsätzlich mit diesen Themen beschäftigen, wenn auch die Ergebnisse der Gutachten vorliegen. Damit waren wir alle einverstanden. Das ist schon einmal ein positiver Schritt in die richtige Richtung.

(B)

Warum wir diesen Haushalt insgesamt ablehnen, kann ich hier noch einmal kurz erläutern. Herr Paus hat auf einige Punkte schon hingewiesen. Der Einzelplan 03 läßt zur Zeit einfach keine Perspektive für die Polizei erkennen, auch wenn man die Polizei tagtäglich immer wieder für das loben muß, was sie tut. Ich habe heute noch mit dem Leiter K einer größeren Dienststelle gesprochen. Er hat mir gesagt: Ich gehe in wenigen Jahren in Pension. Mir kann es mittlerweile egal sein; aber ich bedaure die Kollegen, die um die dreißig Jahre alt sind, die unter Umständen in Zukunft bis zum 65. Lebensjahr werden arbeiten müssen. Die haben nach den derzeitigen Erkenntnissen keine Perspektive in der Polizei. Und ob die Motivation in einigen Jahren noch so sein wird, daß wir diese Aufklärungsquote haben, wie sie zur Zeit besteht, was ich bewundernswert finde, möchte ich bezweifeln.

(C)

Herr Innenminister, wir fordern Sie immer wieder auf, machen Ihnen immer wieder Angebote. Ich habe es auch im Innenausschuß gesagt: Es müßte doch möglich sein, wie wir es zum Beispiel beim Polizeigesetz getan haben, daß man zusammenkommt, um vielleicht auch außerhalb des Protokolls einmal Dinge zu behandeln, um einmal zu sagen, was uns alles am Herzen liegt, ohne daß uns gleich wieder von den Verbänden die Türen eingelaufen werden, sondern daß wir grundsätzlich diese Fragen der Gesamtkonzeption erarbeiten. Da sind wir uns doch in manchen Bewertungen im Grunde genommen gar nicht so fern. Daß da die Probleme des Haushalts, der Gesamtfinanzierung entgegenstehen, weiß ich ja. Aber es gibt doch auch Vorschläge, wo man einsparen könnte. Die werden allerdings im Moment so pauschal vom Tisch gewischt, als wäre das nicht möglich, als wäre das nicht machbar.

Sie prangern dann immer wieder an, wenn ich Überlegungen anstelle, inwieweit man Aufgaben auch an private Unternehmen geben kann, wenn es sich - das sage ich ausdrücklich - nicht um hoheitliche Aufgaben handelt.

Dann gibt es die Überlegung, auch Seiteneinsteiger bei der Polizei, natürlich nur in einem bestimmten Maße, zuzulassen. Das würde die Zeiten erheblich verkürzen. Ich habe es gerade wieder in Ihrer Beantwortung der Kleinen Anfrage Drucksache 11/1389 des Kollegen Linssen zur Situation in Kleve gelesen. Da sagen Sie von den einzustellenden Beamtinnen und Beamten - ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Präsidenten -: "... Werden in zweieinhalb bzw. dreieinhalb Jahren nach Abschluß ihrer Ausbildung den Kreispolizeibehörden zur Verfügung stehen". Herr Minister, das können Sie jemandem mitteilen, der es nicht weiß; aber das stimmt ja nun effektiv nicht. Sie haben es sinnigerweise auch noch in der "Streife" veröffentlicht. Darin steht es ebenfalls, und den Polizisten können Sie es gar nicht erst erzählen; denn die wissen doch alle, daß sie mindestens sieben, acht, wenn nicht neun Jahre brauchen, weil eben auch diese unendlich lange Zeit des Personen- und Objektschutzes dazukommt, so daß sie also nach sehr langer Zeit erst den Polizeibehörden zur Verfügung stehen.

(D)

(Anhaltende Unruhe)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin, darf ich Sie eben einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Platz, auch die Kolleginnen und Kollegen in den hinteren Rängen, damit wir Übersicht bekommen. Ansonsten wollen wir der Rednerin zuhören.

(Allgemeiner Beifall)

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.): Danke schön, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Wir haben vorhin wieder den Zwischenruf von Herrn Minister Schleußer gehört, der uns als Opposition einen Vorwurf gemacht hat. Erst macht er den Vorwurf, "Ihr spart nicht genug", dann stellt er Anträge. Ich denke, den Vorwurf kann man uns nicht machen, Herr Schleußer. Wir haben uns mit Ihnen bemüht, Einsparvorschläge zu erarbeiten, um ganz gezielt an das heranzugehen, was wir als Kernaufgaben der Landespolitik betrachten, nämlich Bildung, Wissenschaft und innere Sicherheit. Das sind unsere Hauptziele, wo wir unbedingt etwas zu leisten haben.

Das kann man - gerade im Bereich der inneren Sicherheit - nicht allein mit zu hohen Kosten abtun. Vor ein paar Jahren noch hat es Innenminister Dr. Schnoor mit der Steuerreform abgetan. Jetzt wird wieder von Ihnen, Herr Minister, darauf hingewiesen, die von der Bundesregierung und von den Koalitionsfraktionen im Bundestag geforderte Abschaffung von Vermögens- und Kapitalsteuer würde nicht nur weitere Verbesserungen im Bereich der inneren Sicherheit verhindern, sondern eine drastische Verschlechterung der Situation im Kreise Kleve nach sich ziehen. Aber, Herr Minister, Sie müssen doch auch bei all diesen Kosten den gesamtwirtschaftlichen Schaden sehen. Sie haben nach Ihrer neu vorgelegten Statistik allein im Bereich der Wirtschaftskriminalität errechnet, daß dieser Schaden ungefähr eine halbe Milliarde DM betragen wird. Das müssen Sie doch einmal gegenüberstellen. Man kann doch nicht einfach nur sagen, "das kostet uns so viel", sondern man muß auch einmal fragen: Wo sparen wir?

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, wir werden diese Themen demnächst noch intensiver in der geplanten Diskussion des Innenausschusses erläutern,

(C)

erörtern und besprechen. Ich denke, es ist müßig, jetzt noch auf sehr viele Einzelpunkte einzugehen; das wäre auch zuviel verlangt. Wir haben im Ausschuß den Antrag gestellt - Weyerlinge: ich denke, Herr Paus, daß dieses Thema vom Tisch ist - in der Annahme, zumindest ein Signal setzen zu können: Einstellung zusätzlicher 400 Polizisten.

Nun haben wir mittlerweile festgestellt, daß andere Anträge von uns abgeschmettert worden sind, so daß wir also mutig sagen können: Wenn Sie schon diesen Anträgen nicht zugestimmt haben, dann können wir auch dem Antrag der CDU auf Einstellung von 600 Polizisten zustimmen. Da habe ich mittlerweile keine Probleme. Wir wollten ein Signal setzen. Wir könnten unendlich viel mehr beantragen; das würde sich sicherlich auch für uns als Opposition bei den einzelnen Verbänden gut machen, aber es wäre unrealistisch. Jedoch mit der Einstellung der jungen Polizisten müssen wir ein Signal setzen, wobei zwingend andere Dinge im Bereich der Ausstattung und in vielen anderen Bereichen noch erforderlich sind.

Wir stimmen deswegen dem Antrag der CDU zu, obwohl wir befürchten, daß er doch nicht angenommen wird.

(Zurufe von der SPD)

(D)

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns nichts vorzumachen. Wir kennen ja mittlerweile die Abstimmungsmaschinerie. Wir werden unseren Antrag dann ersatzweise aufrechterhalten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Larisika-Ulmke. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Appel das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Frauen und Männer!

(Heiterkeit)

(A) (Abgeordneter Appel [GRÜNE])

- Ja, was so eine Anrede nützt, nicht wahr?

Liebe Männer und Frauen! Dieser Haushalt macht deutlich, daß die Landesregierung eine große Chance verpaßt hat: die Chance, Sparen als Reform zu begreifen; statt mit dem großen Rasenmäher fast an allen Stellen auszudünnen, einmal gezielte Schnitte anzusetzen und einen längst überfälligen innenpolitischen Umbau einzuleiten. Ich sage Ihnen hierzu einige Beispiele.

(Zuruf von der SPD: Um Gottes willen!)

Zivilschutz ist eine Aufgabe, deren Umfang von den politischen Gegebenheiten diktiert wird. Ich erinnere mich noch gut, daß mit der Bonner Wende 1982, die wir ja wahrscheinlich gemeinsam bedauert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und einhergehend mit der Stationierung von neuen Atomraketen und verschiedenen anderen Waffen in der Bundesrepublik der Schutzraumbau forciert wurde. Zivilschutz, das sage ich Ihnen und das sagt die Friedensbewegung, ist zivile Kriegsvorbereitung.

(B)

Nun haben wir aber in Mitteleuropa gerade ganz wundersam eine dramatische Entwicklung erlebt. Die Grenzen haben sich geöffnet, der Ostblock ist zerfallen, und sogar der Warschauer Pakt hat sich vor einigen Tagen selbst aufgelöst. All das scheint die Landesregierung in ihrem Haushaltsplan aber noch nicht gemerkt zu haben, denn hier wird fleißig weiter Geld in sinnlose Projekte gesteckt. Wozu, zum Teufel, frage ich Sie, braucht der WDR einen Schutzbunker für 759 000 DM, wenn gleichzeitig 100 000 DM fehlen, mit denen eine Schauspielschule in Köln aufrechterhalten werden könnte? Ich gebe zu, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist auch gut so.)

Die Friedensbewegung hat ja so manche Blüten getrieben. Da gab es das Radfahren oder das Plätzchenbacken oder das Beten für den Frieden. Darüber kann man ja geteilter Meinung sein.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das dürfen Sie aber nicht laut sagen.)

Aber das, was Sie da machen, ist das Betonieren für

(C)

den Ernstfall, oder wie soll ich das verstehen? Ich kann mir das irgendwie nicht vorstellen. Bei mir entsteht da nur der Eindruck, daß Phantasie, Kreativität und Lebensfreude - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Von den GRÜNEN ist überhaupt niemand mehr hier. - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Macht doch nichts, ich schaffe das auch so, Herr Kollege Büssow.)

Aber es wird immer schwieriger, Herr Appel. Deshalb wollte ich die Kolleginnen und Kollegen um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. - Bitte!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Also, Betonieren für den Ernstfall, das scheint mir die schlechtere Lösung zu sein. Wir sind als GRÜNE mehr für Kreativität und Lebensfreude. Ich freue mich, wenn Herr Schwier hier, wie das angedeutet wurde, in dieser Frage eingelenkt hat. Vielleicht können Sie im Laufe der Zeit auch de facto, vielleicht auch per Sperrvermerk oder was weiß ich, auf unseren Finanzierungsvorschlag für die Schauspielschule zurückkommen. **(D)**

Wäre es nach uns gegangen - das sage ich aber ganz deutlich -, wären hier 10 Millionen DM gestrichen, wären statt in tote Lager in lebendige Projekte gesteckt worden. Aber es geht ja noch nach Ihnen.

Zu einem der Projekte möchte ich noch etwas sagen - ich weiß nicht, ob Herr Heinemann hier ist -, nämlich zur Finanzierung der Beratungsstelle der Rom und Cinti Union, die Sie, Herr Heinemann, derzeit aushungern. Als Rheinländer muß ich sagen: Ich habe den Eindruck, da sind Sie überhaupt nicht sensibel für. Das wollte ich Sie - zwischen Rheinländer und Westfale - schon lange einmal fragen. Dazu haben Sie meines Erachtens gar keinen Draht. Der Herr Clement sagt in seiner technokratischen Art zum Unterschied zwischen den sowjetischen Juden und den jugoslawischen Roma: Die Juden, die hätten eine

(A) (Abgeordneter Appel [GRÜNE])

Heimat, die Roma aber nicht, und unsere Verpflichtung bestünde gegenüber dem Staat Israel. Daß dieser Mann ein Staatsmann ist und auch in Staaten denkt, ist mir verständlich, wenn ich es auch nicht richtig finde. Aber daß Sie, Herr Heinemann, als einer, der ein Herz für die Kumpel hat, sozusagen nicht in Einzelschicksalen denken können, das geht mir einfach nicht in den Kopf.

Ich finde es auch ein bißchen - na, ich sag' mal: - pikant, daß das Landgericht Köln - übrigens auf Empfehlung des Landesinnenministers - die Dolmetscher für Romanes, die Sprache der Roma, bei der Beratungsstelle anfordert, die Sie eigentlich schließen wollen. Das scheint mir ein Widerspruch zu sein, und dieses sollten Sie meines Erachtens noch einmal überdenken.

Jetzt komme ich zur Polizei. Es ist unbestritten - das erkennen wir GRÜNEN ja ausdrücklich an, und deshalb haben wir auch nicht gegen die Stellenerhöhungen gestimmt -, daß unsere Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen vor allen Dingen in den unteren Besoldungsgruppen überlastet sind. Auch hier können Sie übrigens sehen, daß wir uns Kriege nicht mehr leisten können; denn die Aufgaben, die die Beamten und Beamtinnen durch den Golfkrieg zusätzlich aufgebürdet bekommen haben, die geleisteten Überstunden, die liegengelassenen Akten - das ist auch ein konkretes Stück Kriegslast, meine Damen und Herren! Da hilft es nicht, weiterzumachen wie bisher, Stellenlöcher zu stopfen, immer mehr Beamte einzustellen und sich trotzdem im Verwaltungs- und Aufgabenwust zu verzetteln.

(B)

Wir hätten uns strukturelle Änderungen zur Entlastung der Polizei gewünscht, gewünscht, daß Änderungen zur Aufgabenanpassung bereits jetzt in Angriff genommen würden und daß auch hier Sparen als Reformchance begriffen worden wäre. Die Entlastung der Polizei, die in den letzten zehn Jahren immer mehr gesellschaftliche Aufgaben übernehmen mußte, muß an vorderster Stelle stehen. Nehmen wir den Objektschutz:

Ich kenne ganz viele junge Beamten in Bonn, die so richtig begeistert sind, daß sie stunden- und tagelang vor Ministerien und ihren Filialen kreisen können. Da lernen sie die Gegend und die Menschen so richtig

(C)

kennen. Wie wir bei der Düsseldorfer Staatskanzlei ja gesehen haben: So ein richtiger Objektschutz per Streifenwagen nützt ja auch - nichts!

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Appel - -

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Da entsteht natürlich die Frage: Haben wir damit - -

Vizepräsident Schmidt: Ich wollte Sie nicht stören, aber es ist schon längere Zeit eine Bitte auf Zwischenfrage anhängig. Können oder wollen Sie das jetzt einrichten?

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Ich würde gern den Gedanken beenden, dann anschließend.)

- Ja, gut.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Nur ganz schnell noch: Es ist so, daß der Innenminister von Nordrhein-Westfalen seine Polizei in Bonn um die Häuser schickt. Der muß auch dafür bezahlen, weil sich der Bund nicht genügend Nachwächter leisten kann **(D)**

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

und weil sich der Bund die Wohngebiete nicht so gestaltet hat, daß z. B. Büros und Wohnhäuser zusammen sind, weil es die in der menschlichen Gesellschaft ganz normale und bestfunktionierende soziale Kontrolle von Nachbarn gibt, denen viel eher auffallen würde, wenn ein Unbekannter irgendwo etwas hinstellt, als das in einem entvölkerten Regierungsbezirk der Fall ist, wo - Entschuldigung! - abends sowieso kein Mensch mehr auf die Straße geht außer ein paar verrückten Parlamentariern oder Ministern und Ministerinnen. - Jetzt!

Vizepräsident Schmidt: Jetzt hat es der Kollege aufgegeben. - Moment bitte! Der Kollege Schittges wollte eine Frage stellen. Bitte schön!

(A)

Abgeordneter Schittges (CDU): Ich habe bei den Ausführungen des Kollegen Appel den Eindruck, daß sich die Fraktion der GRÜNEN zur Beratung zurückgezogen hat. Kann es sein, daß sie uns den Vortrag des Kollegen Appel allein überlassen wollte?

(Es sind nur noch wenige GRÜNE anwesend. - Widerspruch von den GRÜNEN - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Also, bitte schön! Ich bin doch da! Wir sind prozentual nicht schlechter vertreten als die anderen Fraktionen! - Zurufe von allen Fraktionen - Abgeordnete Garbe [SPD]: Was soll den der Quatsch?)

Vizepräsident Schmidt: Es steht Ihnen frei, die Frage zu beantworten, Herr Kollege Appel.

(Zurufe von allen Fraktionen)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Manchmal ist es nötig, Herr Kollege, daß man versucht, interne Probleme ganz schnell in einer Art Pow-wow - oder wie das die Indianer nennen - zu lösen. Da sind wir ganz erfolgreich.

(B)

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich komme jetzt aber noch zu anderen Aufgaben der Polizei. Wenn wir schon bei den sozialen Aufgaben sind - das meine ich sehr ernst -: Wir überlassen heute zu viele soziale Aufgaben, die eigentlich andere Institutionen wahrnehmen müßten, der Polizei. Wer bringt denn die verirrten und verwirrten Alten nach Hause, wenn sie sich zwischen unseren Autobahnen in den Innenstädten nicht mehr zurechtfinden? - Die Polizei. Wer muß denn die Obdachlosen, wenn sie unter dem Alkohol zusammenbrechen, weil sie keinen Arbeitsplatz, keine Wohnung und keine sozialen Verhältnisse haben, ins Krankenhaus bringen? - Die Polizei. Wer muß im Zweifelsfall Familienstreitigkeiten schlichten, weil die Nummer der Polizei die einzige Nummer ist, die Tag und Nacht erreichbar ist? - Die Polizei.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Frechen [SPD]: Wer muß auf den GRÜNEN-Parteitag? - Abgeordneter Aigner [SPD]: Und wenn Borussia Dortmund spielt!)

(C)

Und wer muß die Kinder und Jugendlichen, die durch Werbung manipuliert und durch psychologische Tricks gereizt sind, abschrecken, wenn diese ihrem Drängen nachgeben und ihr Spielzeug klauen gehen? - Das ist wieder die Polizei.

(Unruhe)

Wir bauen die anonymen Wohnsiedlungen, lassen Jugendliche arbeitslos werden, und wenn sie kriminell werden, wundern wir uns und holen die Polizei. Ich sage Ihnen: Wir müssen bei den Ursachen ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da bin ich beim Thema "Drogen". Ich habe es jetzt nicht mit dem Sekt - um an den Vorschlag der Kollegin anzuknüpfen -, sondern ich war heute morgen, bevor ich nach Düsseldorf gefahren bin, Kaffee einkaufen.

(Zurufe von der SPD - Abgeordneter Champignon [SPD]: Wo? Welche Marke?)

Das Pfund Kaffee hat bei meinem Bäcker sage und schreibe 6 Mark 95 gekostet!

(Zurufe von der SPD)

(D)

Aha! hab' ich mir gedacht, jetzt sinkt mal wieder der Kokainpreis, und mein Polizeipräsident Kniesel in Bonn ist am Rotieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Sie sollten aber Guatemala-Kaffee kaufen!)

- Ja, der Herr Paus und Sie hätten sich wahrscheinlich über den Preis gefreut - ich nicht, denn ich weiß, daß den Bauern in Kolumbien bei diesem Kaffeepreis gar nichts anderes übrigbleibt, als Koka statt Kaffee anzubauen.

(Zuruf des Abgeordneten Kuschke [SPD])

Und das Kaffeekartell, das die USA beherrschen, die sich heuchlerisch zum Drogenkrieg aufschwingen, und der Herr Kohl, der den "nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan" entwirft und sich einreibt,

(A) (Abgeordneter Appel [GRÜNE])

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

die reden dann vom "geheimnisvollen organisierten Verbrechen" und lassen danach fahnden, während der gute Onkel von Tschibo und Eduscho die kriminellen Preise diktiert.

Dabei ist anscheinend jedes Mittel recht. Da wird die Rasterfahndung - ein Datenschutzskandal der Ära Herold - ebenso in Gesetzen bemüht wie der rechtsstaatswidrige Einsatz verdeckter Ermittler und die Kronzeugenregelung. Und mittendrin - das bedauere ich besonders - ist unser als liberal geltender Innenminister Schnoor.

Herr Schnoor, ich bedauere zutiefst, daß Ihre Unterschrift unter einem bürgerrechtswidrigem Machwerk wie dem Gesetzentwurf des Bundesrates zur sogenannten Bekämpfung der organisierten Kriminalität steht. Dabei setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, daß dem Drogengebrauch mit nur repressiven Mitteln überhaupt nicht beizukommen ist - wir haben es ja hier vorhin gesehen -, daß es unsinnig ist, den Haschischkonsumenten zu kriminalisieren und Polizisten, Staatsanwälte, Richter, ja den Strafvollzug mit seinem vergleichsweise harmlosen Tun zu beschäftigen, statt sie gegen die wirklichen Drahtzieher einzusetzen. Es hat keinen Sinn, die stündlich von HIV-Ansteckungen, anderen Infektionen, dem "Goldenen Schuß" und vom Tod bedrohten Junkies in die Illegalität der Droge und in die Beschaffungskriminalität zu zwingen, Süchtige einzusperrern und damit den Kranken kein bißchen zu helfen.

(B)

Eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes - ich gebe zu, daß das Bundessache ist; aber es hat hier mit unseren Polizeistellen etwas zu tun -, die Hilfe an die Stelle von Kriminalisierung stellt, die Methadon-Programme in ganz anderem Umfang, als es hier als Krücke dankeswerterweise von Herrn Heinemann betrieben wird - aber leider nur als kleine Krücke -, und die kontrollierte Abgabe von Heroin in Apotheken ermöglichen würde, anstatt die Weltmarktpreise für Kaffee und Tabak herunterzudrücken, wäre nach unserer Meinung eine Möglichkeit, mit dem Drogenproblem fertigzuwerden. Das wäre tausendmal mehr wert als die Verdopplung der Zahl der Polizeibeamten.

(C)

Es gäbe noch genügend andere Beispiele. Ich möchte nur noch ein Beispiel anführen. Gestatten Sie mir das, obwohl Herr Farthmann nicht da ist; er ist wahrscheinlich zum Linsenschleifen in Jena.

(Heiterkeit)

Er kann also mit der neuen Tätigkeit gleich an die bisherige Tätigkeit anknüpfen. Ich mußte hier dazulernen, was die Kontrolle des Verfassungsschutzes - -

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Appel, Ihre Redezeit ist zu Ende. Wenn Sie - -

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Entschuldigen Sie, das wußte ich nicht. Ich bin eigentlich von der ursprünglichen Zeit ausgegangen. Ich bin von 20 Minuten ausgegangen.)

- Wir haben uns jetzt auf 10 Minuten geeinigt.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Erlauben Sie noch einen Satz?)

- Wenn Sie zum Schluß kommen, gut!

(D)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Gut, einen Satz! Ich wußte nicht, daß die Redezeit zu Ende ist.

Ich rufe in aller Form Ihren Noch-Fraktionsvorsitzenden Farthmann auf: Geben Sie den Boykott des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen auf! Schauen Sie sich den § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes an! Er ist eindeutig. Mein Wunsch besteht weiter, daß die G 10-Kommission, die Parlamentarische Kontrollkommission, den Haushalt berät. Befolgen Sie das Gesetz! Boykott dient im Gegensatz zur Volkszählung hier nicht dem Datenschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, vor der Abstimmung hat der Abgeordnete Schauerte darum gebeten, eine persönliche Erklärung nach § 61 der Geschäftsordnung abgeben zu können. Dazu erteile ich ihm das Wort.

(A) (Präsidentin Friebe)

(Zuruf von der SPD: Schauerté! - Weitere Zurufe von der SPD)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Sie sollten die Betonung des schönen westfälischen Namens noch ein wenig üben; vielleicht lernen Sie es.

Der Abgeordnete Frechen hat in seinem Beitrag auf ein privates Gespräch verwiesen. Ein solches Gespräch hat es nicht gegeben.

Nun ist es ein anerkannt logisches Problem, ein Nicht-Gespräch zu beweisen. Vielleicht hat er es deswegen einfach einmal versucht. Er hat damit eine wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt, daß ich nämlich gesagt hätte, unsere Finanzvorschläge seien unseriös. Ich kann es nur beweisen, indem ich erkläre, Herr Kollege Frechen: Das kann schon deswegen nicht stimmen, weil unsere Vorschläge zur Finanzierung des Haushalts nun wirklich so seriös sind, wie das selten einer Opposition in der Vergangenheit gelungen ist.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

(B)

Die Motivlage, warum jemand dann eine solche wahrheitswidrige Behauptung aufstellt, gibt mir ebenfalls recht. Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der nicht mehr weiß, wie er seinen - -

(Zurufe von der SPD: Das ist keine persönliche Erklärung mehr!)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Schauerte, bitte nicht zur Sache reden! Sie können nur die persönliche Erklärung abgeben. Sie kennen auch unsere Geschäftsordnung.

(Zustimmung bei der SPD)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich suche nach einer Erklärung, warum der Kollege Frechen in dieser unkollegialen Weise mich hier angreift,

(Zurufe von der SPD)

und die gehört zu einer persönlichen Erklärung.

(C)

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage nichts zur Sache. Ich sage etwas dazu, wie es dazu kommen kann, daß er mich in dieser Weise angreift.

(Erneute Zurufe von der SPD)

- Jawohl!

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Schauerte, Sie können, wenn Sie mißverstanden worden sind, das richtigstellen. Sie können nach unserer Geschäftsordnung auch etwas zurückweisen, aber mehr nicht.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Ich weise auf das entschiedenste zurück, daß bei einer so seriösen Haushaltslinie, wie wir sie vorgelegt haben,

(Lachen bei der SPD)

der Herr Kollege Frechen wahrheitswidrig und absolut unkollegial hier eine falsche Behauptung aufstellt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das war schwach! - Weitere Zurufe von der SPD.) (D)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe zunächst die Änderungsanträge zum Einzelplan 03 - Innenministerium - auf.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/1411 - Stichwort: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen -. Wer diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/1412 - Stichwort: Innere Sicherheit -. Wer diesem Änderungsantrag

(A) (Präsidentin Friebe)

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen: Das ist ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/1103**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, daß die Beschlußempfehlung angenommen worden ist.

Damit ist auch der Einzelplan 03 erledigt.

Ich rufe Nummer 7 auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Auch hier liegen die Beschlußempfehlung Drucksache 11/1104 und Änderungsanträge von der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN vor. Sie werden in die Beratung mit einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Diegel für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

Abgeordneter Diegel (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Präsidentin! Ich habe jetzt die zweifelhafte Ehre, die letzte Runde einzuleiten, und möchte von daher insbesondere denjenigen, die schon schlüsselschwendend dahinten stehen, nicht mehr allzulang die Zeit stehlen.

Ich glaube, der Einzelplan 04 macht es schon erforderlich, daß noch ein paar grundsätzliche Akzente von der CDU eingebracht werden. Zunächst möchten wir festhalten, daß die Ergänzungsvorlage des Finanzministeriums zu der Vorlage des Justizministeriums von uns abgelehnt wird, und zwar deshalb, weil mehr Stellen gestrichen werden und somit auch eine ordentliche Gerichtsbarkeit oder die besondere Gerichtsbarkeit, vor allem bei den Rechtspflegern und Bewährungshelfern, nicht in der Form aufrechterhalten werden kann.

Wir sind daran interessiert, daß die Gerichtsbarkeit nicht nur aufrechterhalten wird, so wie in den letzten Jahren geschehen ist, sondern weiter ausgebaut wird. Wir sind daher bestrebt, mit zusätzlichem Personal und Sachmitteln Hilfeleistung zu geben. Vor allem

(C)

sind wir bestrebt, daß den Staatsanwälten und den Richtern, die eine 138%ige Überbelastung nach ihren Schlüsseln aufweisen können, entsprechend geholfen wird. Wir sind der Meinung, daß insbesondere bei den Bewährungshelfern geholfen werden muß, und haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, der zusätzlich 50 Stellen vorsieht.

Warum haben wir den Antrag eingebracht? Wir haben ihn deshalb eingebracht, weil wir daran interessiert sind, daß denjenigen auch Unterstützung zukommt, die für die Reintegration der Gestrauchten in unserer Gesellschaft sorgen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das ernsthaft betreiben wollen, müssen wir die Sorgen und Nöte derjenigen ernst nehmen, die in diesem Bereich wirklich eine schwierige Arbeit leisten. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt und bitten darum, daß diesem Antrag zugestimmt wird.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Antrag ist zu dem Projekt Die Waage gestellt worden. Ich will ihn nicht noch einmal ausführlich darlegen und begründen. Fest steht, daß es sich hierbei um das Prinzip des Täter-Opfer-Ausgleichs handelt. Wenn wir dieses Prinzip ernst nehmen und fördern wollen, halten wir es für klein-kariert, daß die SPD-Fraktion dem CDU-Antrag auf Erhöhung um 50 000 DM nicht gefolgt ist und ihn wegen 10 000 DM hat scheitern lassen.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das muß man sich einmal vorstellen!)

Wie groß müssen eigentlich die Finanzsorgen sein, wenn man solche Anträge tatsächlich in einer ernsthaften Politik nicht mehr umsetzen will?

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt kommen: Das ist für uns der wichtigste politische Antrag in diesem Einzelplan 04, und zwar betrifft er die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter. Meine Damen und Herren! Wir haben einen Antrag dazu gestellt, daß Salzgitter mit 72 000 DM bezuschußt wird, und zwar deshalb, weil wir jahrelang haben feststellen müssen, daß sich Nordrhein-Westfalen einer dementsprechenden Bezuschussung verschlossen hat.